

Cancel Culture ./ Maaßen - C.H.Beck tanzt nicht nach der linkswoken Pfeife

Der juristische Fachverlag C.H. Beck hat Ärger. Eine Gruppe von Juristen, die mit dem renommierten Unternehmen zusammenarbeiten, haben sich an die Geschäftsführung gewandt, weil der frühere Verfassungsschutzpräsident und CDU-Politiker Hans-Georg Maaßen Verfassungsrecht im »Epping/Hillgruber« des Verlages kommentieren soll.

Ein Rechtswissenschaftler bemängelt jetzt, dass Maaßen kritisch zu den Corona-Maßnahmen der Bundesregierung gewesen sei, was aber Millionen andere Bürger auch waren und sind. Und er hat mit scharfen Worten den Migrationsirrsinn Merkmals kritisiert. Aber, ich glaube, das darf man. Und die Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer bezeichnete er flapsig als ›Shuttleservice‹. Und, naja, Maaßens Polemik gegenüber Gesundheits-Karl war vielleicht nicht optimal – aber über was reden wird denn in einem Land, wo eine Bundestagsvizepräsidentin und heutige Staatsministerin hinter einem Transparent bei einer Demo herläuft, auf dem „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ steht?

Dieses „miese Stück Scheiße“, wir alle, zahlen dieser Frau mehr als 20 Mille im Monat. Wann regt sich der „Spiegel“ darüber mal auf?

Und die Aktivisten der wirkmächtigen Cancel Culture-Sekte bemängeln außerdem, dass Maaßen auf Internetportalen von „Verschwörungstheoretikern“ geschrieben habe. Sie bemängeln nicht, WAS er da geschrieben hat, sondern DASS er es überhaupt wagt, zu schreiben, wo er will.

Wer entscheidet in diesem Land eigentlich, wo man veröffentlichen darf? Gibt es da eine Behörde oder ein Gesetz? Oder gilt der Artikel 5 auch für einen ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes, der von unserem Grundgesetz zweifellos mehr versteht als seine Kritiker, die das mit der garantierten Meinungsfreiheit nicht verstanden haben.

Übrigens: Der Fachverlag C.H. Beck steht zu seinem Autor Hans-Georg Maaßen und sieht keinen Grund, daran etwas zu ändern. Ravensburg ist eben doch nicht überall...

Und: Hans-Georg Maaßen wird Ende Oktober auch wieder auf der großen Schwarm-Konferenz unser Gast sein.

Dieser Blog ist eine starke Stimme des aktiven Bürgertums. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18.

Claudia Roth muss raus aus der Bundesregierung!

Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) ist untragbar in ihrem Amt. Die Politikerin, der bei der Betrachtung der Türkei als erstes einfällt, dass sie auch „gut Börek machen“ könne, ist lange bekannt für ihr distanzloses Verhalten gegenüber islamistischen Organisationen und Staatenlenkern. Und sie hat keine Scheu, in einer Demo mitzulaufen, der ein Transparent mit der Aufschrift „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ vorangetragen wird.

Und Roth trifft sich in einer Moschee in Berlin mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, um zum gemeinsamen Kampf gegen die AfD aufzurufen. Ich habe bisher noch nirgendwo etwas gefunden, wo Frau Ministerin oder vorher Bundestags-Vizepräsidentin sich mal zu den Angriffen aus AfD-Politiker, ihre Häuser und Autos geäußert hätte. Frau Roth kann nur Schwarz und Weiß, und es ist erstaunlich, wie weit es die frühere Managerin von Rio Reisers Band „Ton, Steine, Scherben“ in unserem Staat bringen konnte.

Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ hat Roth jetzt zum Rücktritt aufgefordert, weil sie alle Warnungen in der Wind geschlagen hat. Warnungen vor organisiertem Antisemitismus auf der Kasseler „documenta“. Die Zeitung schreibt: „Für wen das Versprechen ‚Nie wieder Antisemitismus‘ keine wohlfeile Phrase ist, und davon ist bei der Bundesregierung ganz sicher auszugehen, der muss das Kulturstaatsministerium jemandem anvertrauen, der glaubhaft gegen Judenhass eintritt. Jemandem, der sein Amt mit Kompetenz und Würde ausübt.“

Und das kann diese Frau ganz sicher nicht sein.

Stellen Sie sich vor: Sie liegen wehrlos da rum, und Frau Roth schaut sie von oben grimmig an!

Am Montagmorgen zum Zahnarzt: Kann eine Woche besser beginnen?

Während die da so liege, den Mund aufreißt und nach oben schaue, beginne ich über das Bild nachzudenken, das man dort zur Ablenkung aufgehängt hat. Sie kennen das, in vielen Zahnarztpraxen ist es jetzt üblich, dass man die Delinquenten mit Fotos oder Grafiken vom eigenen Schmerz ablenken will.

Bei mir hing da heute morgen eine Unterwasserlandschaft, azurblau, also schön, weil es mich an meinen Fußballclub erinnert, dann weit hinten ein Hai, das unvermeidliche gelb-lustige Seepferdchen und – direkt auf mich zuschwimmend – eine grimmig dreinschauende Schildkröte.

Während ich noch überlege, ob dieses Bild mich mehr ängstigt oder der latent drohende Schmerz beim Bohren links unten, kommt mir Claudia Roth in den Sinn, und dann die Nancy Faeser und Angela Merkel und all die anderen politischen Helden, vor denen man als Bürger wahrlich Angst bekommen kann.

Und ich überlege kurz, ob ich meiner Zahnärztin vorschlage, Politikerfotos unter die Praxisdecke aufzuhängen. Natürlich mache ich es dann doch nicht, als ich froh über den erträglichen Schmerz den Behandlungsstuhl wieder verlassen darf.

Aber wenn hier unter meinen Lesern ein Zahnarzt oder eine Zahnärztin ist, der oder die das macht, dann berichte ich bundesweit darüber. Versprochen!

kelle@denken-erwuenscht.com

Jedes Volk bekommt die Repräsentanten, die es haben will

Ein Foto für die Ewigkeit. Vier linke Grazien, die zukünftig unser Land mitregieren präsentierten sich gestern im Bundestag einem Fotografen. Das Bild ging sofort viral im Netz, Vergleiche mit den „Teletubbies“ waren schnell bei der Hand. Und mein erste Gedanke – kein Witz – war: Was hat Frau Roth da für einen Hut auf dem Kopf?

Doch lästern hilft ja nichts, jetzt sind sie nunmal da, wir Frau Merkel sagen würde.

Und, ganz ehrlich, wir leben in einem freien Land. Wenn ich manchmal schaue, wie Leute auf offener Straße herumlaufen oder in der Arztpraxis sitzen, denke ich mir auch: Haben die keine Eltern, die ihnen ein wenig Stil beigebracht haben? Ihnen als Kinder gesagt haben, was sich gehört und was nicht?

Ich gehe auch zu geschäftlichen Terminen – seit Jahren in der Regel in Jeans, weißes Hemd, dunkle Jacke. Krawatte ist irgendwie gefühlt out. Kann man machen, muss man aber nicht. Und dennoch stößt mich ab, was ich da gestern sehen musste, weil ich – konservativ – denke, unser Parlament, die Vertretung des Volkes, muss Würde ausstrahlen und Ernsthaftigkeit. Aber das ist halt meine subjektive Ansicht, große Teile der deutschen Wählerschaft haben so entschieden, wie sie entschieden haben.

Das eigentliche Problem ist aber, dass diese Leute unser Land auch in aller Welt repräsentieren. Und in

großen Teilen der Welt gelten Demokratie und Parlament noch als etwas Erhabenes. Da freut man sich auf die Delegation aus Germany mit den Anführer_ *Innen eines der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt, und dann kommt sowas um die Ecke. Man möchte sich in Grund und Boden schämen für diese Repräsentanten. Aber nochmal: Wie bestellt, so geliefert! Wenn die Deutschen Repräsentanten wollen, die in Bermudashorts zum Staatsempfang oder ins Parlament gehen... bitte, dann macht mal....!

Sind Sie der Meinung, das musste mal gesagt werden? Dann unterstützen Sie bitte meine Arbeit über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Stadtparkasse Wuppertal DE06 3305 0000 0000 3447 13 !

Claudia Roth trifft Antisemiten aus Iran - muss wohl am grünen Meinungsklima liegen

„Woher kommt diese unerträgliche Doppelmoral?“

Wieder war es die BILD-Zeitung, die es auf den Punkt brachte. Gemeint ist die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne), die immer noch viele grüne Wähler und sogar Politiker anderer Parteien für harmlose eine idealistische Öko-Ulknudel halten, durch und durch emotional, 24 Stunden am Tag im „Kampf gegen Rechts“ unterwegs, zwischendurch gern auch mal im Ausland das Kopftuch übergestülpt und in der heimischen Küche einen Börek gerollt („Das kann ich gut“).

Wir wissen nicht, ob sie einfach so ist oder ein Problem hat, aber normal ist das nicht, wenn Sie sich anschauen, wie Roth Parteitage der Grünen eröffnet oder nachts als Bundestagsvize die offenkundig nicht mehr bestehende Beschlussmehrheit des Bundestages feststellt. Konsequenzen? Fehlanzeige. Es ist ja unsere Claudia, immer gefühlig, immer betroffen und immer sakrosankt für die politische Klasse, selbst wenn ein Foto auftaucht, auf dem die heute eine der höchsten Repräsentanten unseres Staates auf einer Demo hinter einem Transparent herläuft, auf dem „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ steht. Und dafür monatlich ungefähr 14.000 Euro kassiert. Ist das nicht schön, wie dieses Land auch ehemaligen Mitarbeiterinnen einen „Vermittlungsbüros für Freie Gruppen und Amateurtheater“ (wikipedia) in Unna eine Karriere ermöglicht?

Doch dieses Mal, nach dem widerlichen Doppelmord eines rechtsradikalen Antisemiten in in Halle, ist die Bevölkerung besonders sensibilisiert. Antisemitismus – zu recht das letzte Tabu der Mehrheitsgesellschaft – ist nämlich keineswegs nur eine „Spezialität“ von jungen und alten Nazis. Es gibt Juden Hass auch in der linken Szene, bei linken Parteien und besonders bei den vielen muslimischen Neubürgern aus aller Welt, über die wir uns so freuen.

Da wirkt es ein bisschen, sagen wir, unbehaglich, wenn eine Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

den iranischen Parlamentssprecher Ali Laridschani trifft, den sie auch schon von früher her kennt. Laridschani hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009 seinen damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad verteidigt, der den Holocaust geleugnet hat. Im Jahr 2012 hatte Laridschani Israel einen „dunklen Fleck“ genannt, der getilgt werden müsse. Deutsche Geheimdienste sehen im iranischen Freund unserer stellvertretenden Parlamentspräsidentin ein wichtiges Bindeglied zu Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah.

Wir das politische Establishment in Deutschland auch diesen unvorstellbaren Skandal wieder hinnehmen? Es ist zu befürchten. Für Politik interessiert sich in der Großen Koalition kaum noch jemand, und politische Überzeugungen und Wahrheiten wurden in der Ära Merkel bis zur Unkenntlichkeit geschleift.

Und stellen Sie sich mal vor, ein wichtiger (oder auch unwichtiger) Politiker der AfD hätte Laridschani empfangen. Was wäre hier heute los? ARD-Brennpunkt wäre das Mindeste. Es ist diese unerträgliche Doppelmoral, die bewirkt, dass sich immer mehr Bürger von unserem Staat abwenden. Und das Beschwichtigen von Skandalen, wenn sie nur von den Richtigen verursacht wurden.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sagte heute sinngemäß, man müsse mit ausländischen Delegationen eben auch sprechen. Und: „Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass Claudia Roth jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegentritt.“ Na dann...

Lieber Herr Bundespräsident, Antisemitismus und Dummheit gibt es nicht nur rechts

Ich habe Respekt vor jedem unserer Bundespräsidenten, weil ich Respekt vor unserem Staat, unserer Verfassung und ihren Institutionen habe. Und persönlch mag ich diejenigen Staatsoberhäupter am liebsten, die politisch denken und reden, und die ihrem Staatsvolk auch hin und wieder klare Worte zumuten.

Richard von Weizsäcker war so einer, der mit seiner Rede zum Kriegsende (8. Mai) 1985 weltweite Beachtung fand. Oder Roman Herzog, der 1996 forderte, „durch Deutschland muss ein Ruck gehen“. Eine Aussage, die man eigentlich jeden Morgen wiederholen sollte auch in unserer Zeit.

Ich persönlich finde politische Präsidenten besser als die, die uns durch Wanderungen und Volkslieder in Erinnerung geblieben sind, wenngleich ich auch vor denen Respekt verspüre. Und natürlich gibt es auch Bundespräsidenten, über die ich mich maßlos geärgert habe, etwa Joachim Gauck, der viel Richtiges und

Gutes gesagt und außerdem einen beeindruckenden Lebenslauf hat. In einer Weihnachtsansprache mahnte er mal sinngemäß, die Ängste von Flüchtlingen und Migranten zu respektieren, wenn sie nachts auf einem U-Bahnhof auf den Zug warten. Leider vergaß er zu erwähnen, wie viele seiner eigenen Mitbürger nachts Angst verspüren, wenn sie auf einem Bahnsteig stehen. Angst vor Migranten mit Messern zum Beispiel. Da hätte ich mir von meinem Staatsoberhaupt ein wenig mehr Differenzierung gewünscht.

Nun also Frank-Walter Steinmeier, wie ich im schönen Lippe geboren, was schon einmal einen zusätzlichen Vertrauensvorschuss bringt. Er kritisierte jetzt das Erstarken des Antisemitismus in Deutschland, allerdings ohne ausdrücklich zu benennen, dass dieser massgeblich durch die unkontrollierte Massenzuwanderung der vergangenen drei Jahre aus dem islamischen Kulturkreis nach Deutschland befördert wird. Stattdessen geißelte er – gefahrlos – die AfD. In der rechtskonservativen Partei gibt es immer wieder Politiker, die öffentliche Aufregung provozieren, in dem sie mit der Nazizeit und dem Holocaust zündeln, wie zum Beispiel die Herren Gauland, Höcke und Gedeon. Der eine nennt die Hitler-Barbarei einen „Vogelschiss“ vor der deutschen Geschichte, der andere will den „Schuldskult“ abschaffen, der dritte bezieht sich in seinen politischen Betrachtungen allen Ernstes auf einen Schwachsinn namens „Protokolle der Weisen von Zion“. Sowas kann man sich gar nicht ausdenken, dass man heute im Jahr 2018 so etwas ernsthaft in die politische Debatte einführt.

Also: Bundespräsident Steinmeier tut gut daran, solche widerwärtigen Aussagen zu geißeln und auch Ross und Reiter zu nennen. Nur, lieber Herr Bundespräsident: Es gibt da noch weitere „Rote Linien“, die im politischen Betrieb unseres Landes überschritten werden. Etwa wenn die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) auf einem Foto zu sehen ist, wo sie in einer Demo hinter einem Transparent herläuft auf dem steht „Deutschland du mieses Stück Scheiße“. Sicher hat sie das Transparent nicht selbst gemalt, aber hätte sie nicht laut protestieren oder wenigstens diese unappetitliche Veranstaltung verlassen müssen?

Oder nehmen sie Inge Höger, Bundestagsabgeordnete der Partei *Die Linke*, die immer wieder bei Veranstaltungen von radikalislamischen Hams-nahen Vereinen auftritt und bei einem Treffen 2011 in Wuppertal einen Schal trug, der die Landkarte des Nahen Ostens ohne Israel zeigte. Ein Einzelfall, meinen Sie? Keineswegs. So rief etwa der Bremer Landesverband der SED-Nachfolgepartei zu einem Boykott israelischer Produkte auf. So etwas gab es lange nicht mehr in Deutschland und erinnert stark an „Kauf nicht bei den Juden“. Nur wüsste ich nicht, dass Bundespräsident Steinmeier sich in einer Rede mal kritisch mit linken Antisemiten oder muslimischen Antisemiten oder mit Frau Roth beschäftigt hätte. Warum eigentlich nicht?

„Alle! Herr Dobrindt...“

Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, hat am 28. Juni im Parlament zur Flüchtlingsthematik gesprochen. Er sagte:

„Sie haben bis heute nicht erklärt, was Sie eigentlich meinen mit ihrem Programm: keine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, weniger Abschiebungen, eine Untergrenze für Flüchtlinge. Was meinen Sie mit einer Untergrenze für Flüchtlinge? Fünf Millionen oder zehn Millionen? Wie viele von der 70 Millionen wollen Sie denn hier aufnehmen?“

Ausweislich des offiziellen Protokolls des Deutschen Bundestags geht es weiter:

„Claudia Roth (Augsburg), Bündnis 90/Die Grünen: „Nein! Alle, Herr Dobrindt!“

Als Claudia Roth einmal spitzfindig sein wollte

Claudia Roth von den Grünen ist derzeit stellvertretende Bundestagspräsidentin und damit eine der protokollarisch höchstrangigen Persönlichkeiten in diesem Land. Es sei falsch, dass „Männergewalt“ nur von außen ins Land komme, ließ sie die Nation per Interview nach den sexuellen Übergriffen in vielen Städten in der Silvesternacht wissen. Andere Damen aus der deutschen Feminismus-Industrie äußerten sich ähnlich. Beeindruckend dagegen Alice Schwarzer, die zwar zweifellos Männern auch so ziemlich alles Schlechte zutraut, die aber den Mut hat, klar zu sagen, was sich in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten tatsächlich abgespielt hat.

Doch zurück zu Claudia Roth, die gegenüber dem Münchner Merkur sagte: „Es ist doch nicht so, dass wir jetzt sagen können, das ist typisch Nordafrika, das ist typisch Flüchtling.“ Und damit hat sie ja recht. Nur wie war das damals, als der furchtbare Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche bekannt wurde? War sie, waren die Damen von der Feminismus-Industrie da auch so zurückhaltend? Sie sei schockiert über die „Unfähigkeit der katholischen Kirche, mit dem Missbrauchsskandal angemessen umzugehen“ sagte sie damals. Nicht wenige Grüne erklärten, der Missbrauch von Kindern in einer solchen Organisation sei sozusagen systemimmanent. Einzelne stellten einen Zusammenhang mit dem Zölibat her. Das ist nun alles vom Tisch, denn es gab ja dann wohl gar keinen Missbrauchsskandal in der Kirche. Es gab auch damals Missbrauch durch Männer. Claudia Roth beim Wort genommen hieße das: „Es ist doch nicht so, dass wir jetzt sagen können, das ist typisch Kirche, das ist typisch katholischer Kleriker.“ Hat sie natürlich nicht gesagt, wäre aber logisch.

Ich finde übrigens, dass der Missbrauchsskandal der katholischen Kirche auch weiter so bezeichnet werden sollte. Ebenso sollte auch weiter festgehalten werden: die Gewalttäter aus der Schreckensnacht

von Köln, Hamburg, Bielefeld und Düsseldorf waren Migranten und Asylsuchende.

Dieses Thema darf nicht einfach so wieder verschwinden

Im Berliner Landesverband der Grünen, der Alternativen Liste, hat es in den 80er und 90er Jahren eine große Zahl von Fällen sexuellen Missbrauchs an Kindern gegeben. Das sage nicht ich, sondern das dokumentiert ein Bericht, der im Auftrag der Partei erstellt und in dieser Woche veröffentlicht wurde. Das Entsetzen bei der Alternativen Liste ist groß. Landeschefin Bettina Jarasch entschuldigte sich bei den Opfern von einst und sagte: „Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei.“ Die Alternative Liste in Berlin habe jahrelang mindestens zwei strafrechtlich verurteilte Pädosexuelle in ihren Reihen geduldet. Zwei? Inzwischen sind weitere Details bekanntgeworden über das Millieu, in dem sich die Missbrauchsfälle ungestört entwickeln konnten. Über das Kinderladensystem, besonders eine Einrichtung in Kreuzberg wird immer wieder genannt, über die sogenannten „Stadtindianer“, die regelmäßig grüne Parteitage chaotisierten und Ausreißer beherbergten, die u. a. straffreien Sex für Minderjährige mit Erwachsenen forderten, so lange es „einvernehmlich“ geschehe. Sozialarbeiter und Erzieherinnen schauten weg oder – wenn sie doch einmal wagten, ihre Vorgesetzten zu informieren – wurden abgebügelt. Oberstes Gebot in der Szene, so erzählte in dieser Woche eine, sei gewesen, „auf keinen Fall mit den Bullen zusammenzuarbeiten“. Das Wohl der Kinder stand hintenan.

Wie viele Opfer es insgesamt waren, ist nicht offiziell bekannt. Thomas Birk, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, sprach im März von „bis zu 1000 Opfern“ sexueller Gewalt. Am Mittwoch relativierte er, diese Zahl sei „rein spekulativ“. Aber er sagte auch: „Die Schwulen-AG unserer Partei war bis 1993 mehr oder minder ein Päd-Bereich.“ Das sind Worte, die man erstmal sacken lassen muss. Der aktuelle Bericht kommt für die grüne Bundespartei vermutlich ungelegen, denn im November 2014 hatte sie schon einen Bericht des Parteienforschers Franz Walter vorgestellt, in dem eingeräumt wurde, dass es in den Gründerjahren der Öko-Partei politische Beschlüsse gegeben hatte, die von Pädophilen initiiert wurden. Unvergessen sind in diesem Zusammenhang auch Zitate von bekannten Politikern der Partei wie Daniel Cohn-Bendit, die er nach öffentlichen Vorwürfen als „Provokation“ und „große Dummheit“ darstellte. Er habe niemals Kinder missbraucht, verteidigte sich Cohn-Bendit, eine Aussage, die sowohl von Eltern als auch von einst von ihm betreuten Kindern öffentlich bestätigt wurde.

Was heute auffällt, ist, wie zurückhaltend die meisten der meinungsführenden Medien in Deutschland die aktuell bekanntgewordenen Vorgänge behandeln. Der Berliner „Tagesspiegel“ ist die große positive Ausnahme. Das Blatt berichtet umfangreich und journalistisch top, so, wie es diesem Skandal angemessen ist. Und das ist auch der Grund, warum ich heute über dieses Thema schreibe. Der Missbrauch von Kindern im nahen Umfeld der Berliner Grün-Alternativen darf jetzt nicht innerhalb von

zwei Tagen zu einer Nebensächlichkeit auf den hinteren Seiten der Gazetten rutschen, um dann kommende Woche ganz vergessen zu werden. Nun muss die Aufklärungsarbeit erst richtig beginnen. Die Opfer müssen gefunden werden, es muss geklärt werden, in welchem sexualisierten Politikumfeld diese Taten geschehen konnten. Was ist das für eine politische Bewegung gewesen, in der die Abneigung gegen Staat und Polizei schwerer Wog als das Leid zahlreicher Kinder? Da sind noch längst nicht alle Fragen beantwortet. Da muss auch die – an den damaligen Geschehnissen gänzlich unbeteiligte – Parteispitze das Gespräch mit Opfern und Beteiligten suchen. Und ja, da muss auch das Thema Entschädigungshilfen auf den Tisch.

Sie erinnern sich, als vor fünf Jahren die schrecklichen Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche bekannt wurden? Das war Titelseiten-Thema für Wochen. Runde Tische wurden eingesetzt, Parlamente diskutierten über die Vorgänge, Papst Benedikt traf sich mit Missbrauchsoptionen. Es wurde entschuldigt, es gab Telefon-Hotlines, bei denen sich Betroffene melden konnten, und es wurden in Deutschland und weltweit erhebliche Entschädigungszahlungen für erlittenes Unrecht ausgezahlt. Immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein, könnte man sagen. Wahrscheinlich. Wie viel Geld kann die psychischen Schäden bei Missbrauchsoptionen überhaupt wieder heilen? Niemand prügelte seinerzeit so massiv auf die Katholische Kirche als Gesamtheit ein, wie die Grünen.

Der Zölibat sei schuld, die Kirche müsse sich nun der modernen Zeit öffnen und dürfe kein abgeschotteter Männerclub mehr bleiben. Kaum ein Spitzengrüner, der seinerzeit nicht genau wusste, was die Kirche nun tun müsse. Die unnachahmliche Claudia Roth zeigte sich „erschrocken“ über die „Unfähigkeit der katholischen Kirche, mit dem Missbrauchsskandal angemessen umzugehen“. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, und an ihren Worten sollt ihr sie messen. Liebe Grüne, nun zeigt der Republik, wie man einen solchen Skandal anständig und offen bewältigt!

Noch ein Nachtrag: Nach offiziellen Statistiken werden jedes Jahr in Deutschland rund 300.000 Kinder sexuell missbraucht. Man geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Nur ein minimaler Teil der Fälle findet in und um Parteien, Kirchen oder Vereinen statt. In über 90 Prozent der Fälle stammen die Täter aus der eigenen Familie oder dem Verwandten- und Bekanntenkreis.